

# Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostschlesien  
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Abonnementspreise monatlich (inkl. Haus 2 RM, Halbmonatlich 1 RM), durch die Post bezogen monatlich 2 RM (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdener Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-21, Geschäftsstelle u. Expedition: Osterbahnpostf. 2 / Fernsprecher: 17259 / Postfachnummer Dresden Nr. 18090, Dresdener Verlagsgesellschaft Postfach 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

3. Jahrgang Dienstag, den 12. Juli 1927 Nummer 160

## Die Zollräuber jubeln

### Eine „Etappe“ erreicht — Gemüse, Milch und Fleisch noch nicht teuer genug!

Zufrieden ist jetzt die Mehrheit der Reichstagsabgeordneten in die Lagershallen an der See oder im Gebirge gefahren, nachdem sie dem arbeitenden Mann das Brot, das Fleisch, die Kartoffeln und den Zucker veräußert haben. Die frommen Brotwähler vom Zentrum machten sich vor der Abfahrt noch einen besonderen Spök. Die Zentrumsfraktion setzte sich noch einmal zusammen und beschloß, nach der Germania, ihrem Berliner Stamm, folgendes:

„Es kam in dieser letzten Sitzung vor der Sommerpause zum Ausdruck, daß die Fraktion mit Befriedigung auf die parlamentarischen Arbeiten des letzten halben Jahres zurückblickt, und daß sie auch mit Zuversicht den künftigen parlamentarischen Arbeiten entgegensteht. Es wurde festgestellt, daß die Fraktion in allen wichtigen Fragen in voller Einmütigkeit ihre Beschlüsse gefaßt hat, getragen von dem Vertrauen zum Chef der Partei und zur Fraktionsleitung, die ihrerseits in vollkommenem Einvernehmen miteinander gearbeitet haben.“

Die Zollwucherer geben also öffentlich ihrer Zufriedenheit Ausdruck und unterstreichen noch einmal, daß sie in vollster Einmütigkeit dem Arbeitmann das kleine Stückchen Brot und das bishige Fleisch noch mehr beschlagnahmt haben.

Der schamlose Beschluß der Zentrumsfraktion ist natürlich nicht nur eine Verhöhnung der ausgeplünderten, sondern hat seinen schlimmen politischen Sinn. Es wird der ganzen Weltöffentlichkeit verkündet, daß es reiner Schwindel war, wenn behauptet wurde, daß das Zentrum etwa gegen die Erhöhung der Zölle gewesen sei, oder daß bei den christlichen Reichstagsabgeordneten da irgendeine Meinungsverschiedenheit aufgetaucht sei.

Aber was hat denn den Schwindel aufgebracht, daß das Zentrum die Zollserhöhdungen verhindern würde? Es waren die sozialdemokratischen Führer, die diese Lüge verbreitet haben und die eben damit die Annahme der neuen Zollserhöhdungen ermöglicht und gesteuert haben. Die SPD-Führer vermittelten den Schwindel, daß die „Arbeitnehmervertreter“ im Zentrum niemals für erhöhte Kartoffeln- und Zuckerzölle stimmen werden. Die SPD lag den Arbeitern vor, daß schlimmstenfalls die Zentrumsvertreter im Reichsrat den Einspruch gegen die neuen Zollserhöhdungen erheben werden, die dann nicht mehr möglich seien, weil eben nach dem Einspruch des Reichsrats eine Zweidrittelmehrheit im Reichstag notwendig sei.

Mit Vergnügen sahen die Zentrumschriften zu, wie die SPD-Führer diesen Schwindel verbreiteten und die Arbeiter täuschten. Wozu sollte das Zentrum vorher dementieren? Dazu hatten die Jesuiten gar keinen Anlaß, denn der sozial-

demokratische Schwindel war ja von ihnen bestellt. Erst nach der Annahme des neuen Zollraubes stellten sie fest, daß sie niemals daran gedacht haben, gegen irgendwelche Zollserhöhdungen zu stimmen oder etwa den Einspruch des Reichsrats herbeizuführen. Nachdem die SPD-Führer ihren Dienst getan haben, kann man sie ruhig als Lügner preisgeben.

Aber nicht nur die Zentrumschriften sind zufrieden, auch die Deutschnationalen jubeln. Die Deutsche Tageszeitung schreibt von einer Zollektappe, von der aus weiter vorgeht werden. Denn Gemüse, Milch, Käse und Geflügelfleisch sind noch nicht teuer genug. Das Blatt der Agrarier schreibt wörtlich:

„Mit vollem Recht wird auch in der Erklärung der Regierungsparteien auf die besonders schwierige Lage des Obst- und Gemüsebaues, wie der Milchzucht und des gesamten Kollereiwesens hingewiesen. Aber wir müssen auch mit aller Bestimmtheit erwarten, daß in absehbarer Zeit ein wirksamer Schutz der heimischen Produktion gegenüber der ausländischen Konkurrenz geschaffen wird, als er auf den hier erwähnten Gebieten bisher besteht. Auch der Schutz für unsere Fleischprodukte wird sich nach unserer Überzeugung als ungenügend erweisen. Alles in allem genommen, können wir also die Fortschritte, die die getriggen Reichstagsbeschlüsse gebracht haben, nur als eine Etappe auf dem Wege zu einem ausreichenden Schutz der deutschen Landwirtschaft betrachten.“

Es geht zu neuen Raubzügen. Der gelungen Streich hat sie frech gemacht. Weis doch die Deutsche Tageszeitung bereits mitzuteilen, daß die preussische Regierung im Reichsrat keinen Einspruch erheben wird.

Trotzdem also schon heute feststeht, daß das Gerede vom Einspruch des Reichsrats nur ein Schwindel der SPD-Führer war, soll man sie nicht so leichtem Kaufes davonkommen lassen. Der Reichsrat hat noch zu entscheiden. Weichen und die andere Koalitionsregierung haben die Mehrheit. Der Einspruch des Reichsrats würde die Erhöhung der Zuckerzölle verhindern. Die SPD- und Zentrumsvertreter im Reichsrat sollen jetzt vor der ganzen Weltöffentlichkeit Jarbe betonen. Es muß ihnen auf die Finger gesehen werden.

Jetzt triumphiert die Zollräuber!  
Und die Arbeiter? Diejenigen, die zahlen und bluten müssen?

In jedem Falle heißt es sich seiner Haut zu wehren. Hins auf mit den Löhnen! Sammlung zum Kampf gegen die Zollräuber und die Kriegs- und Hungerregierung! Und vor allem darf kein denkender Arbeiter mehr auf die Lügen und Raubzüge der SPD-Führer hereinfallen.

## Der ADGB in „Volksgemeinschaft“ mit Deutschnationalen

ADGB-Mitglieder in der sächsischen Stahlhelm-Regierung

Die Neubildung der Helld-Regierung in Sachsen ist ein Vorgang, der von der gesamten deutschen Arbeiterkassenschaft mit der größten Aufmerksamkeit verfolgt werden muß. Es ist das erstmal, daß in Deutschland Mitglieder der freien Gewerkschaften mit Deutschnationalen gemeinsam in einer Regierung sitzen. Das ist die logische Vollendung der sozialdemokratischen Koalitionspolitik. Das Ziel der Wünsche Stresemanns ist in Sachsen erreicht: die „Volksgemeinschaft“ zwischen Deutschnationalen und ADGB. Offiziell gehören die beiden Minister Helld und Eisner der SPD nicht mehr an. Sie sind Mitglieder der USPS. Was kann jedoch das kleine Grüppchen der Sozialfaschisten in Sachsen der Bourgeoisie bieten? Wie kommt es, daß die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei, die das Mehrfach an Abgeordneten im Landtage haben wie die USPS, sich mit je einem Minister begnügen und der vier Mann starken USPS-Fraktion den Ministerpräsidenten und den Arbeitsminister einräumen? Die Ursache für diese Politik liegt in der Verbindung der USPS mit den Spitzen des ADGB. Die sächsische Bourgeoisie weiß sehr gut, daß sie durch die USPS den ADGB an die Stahlhelm-Regierung bindet.

In Sachsen haben die zentralistischen Führer Presse und Organisation seit Jahren in der Hand. Das hindert jedoch nicht, daß innerhalb der Führung der sächsischen SPD ausgebrochene Parteivorstands-Agenten sitzen. Noch drastischer kommt diese Tatsache im ADGB zum Ausdruck. Die Verwaltungsstellen, Ortsstellen und der Bezirksauschuß Sachsen des ADGB sind die Domänen der offenen und versteckten USPS-Leute. In der Gewerkschaftspolitik zeigt sich am schärfsten und ausgeprägtesten der opportunistische Charakter der Politik der zentralistischen Führer. Seit jeher kämpfen die Kommunisten für die Beseitigung der rechten Führer aus den führenden Positionen der Gewerkschaften. Unter der offenen Rebellion der sozialdemokratischen Arbeiter ging ein Teil der zentralistischen Führer einen halben Schritt mit, um im nächsten Augenblick sich sofort wieder mit den USPS-Leuten in den Gewerkschaften im Kampfe gegen die Kommunisten zu verbünden. Die sächsische Gewerkschaftszeitung, das Organ des Bezirksauschusses des ADGB in Dresden, schreibt nach dem Kieler Parteitag ganz offen davon, daß in Sachsen die SPD zur Koalitions-politik bereit sein müsse. Der sächsische ADGB hat alle Forderungen der Arbeiter zur Aufnahme des außerparlamentarischen Kampfes gegen die Bürgerblockregierung höh-nisch zurückgewiesen. Der Arbeitsminister Eisner war zuletzt Arbeitersekretär in Dresden. Sein Posten wurde ihm trotz seiner Ministerfähigkeit bis vor kurzem noch offen-gelassen. Er war es, der die Verordnung über die zehn-prozentige Mietpreiserhöhung am 1. April 1927 gemein-sam mit dem volksparteilichen Minister Wünger unter-zeichnete. 36 Millionen RM wurden damals dem Woh-nungsbau entzogen und den Hausbesitzern als Liebes-gaben geschenkt. Eisner ist es, der als Arbeitsminister für die skandalösen Schiedssprüche im Metallarbeiter- und Textilarbeiterkampfe verantwortlich ist. Der jetzige Mi-nisterpräsident Helld ist noch rühmlichst bekannt als ehe-maliger Metallarbeitersekretär in Leipzig.

Dem sächsischen ADGB fiel in dieser Situation die Aufgabe zu, jeden aktiven Kampf der Arbeiterklasse gegen die Bürgerblockregierung zu verhindern. Die Einbeziehung der Deutschnationalen in die sächsische Regierung bedeutet die verhärtete Unterstützung des imperialistischen Kurzes der Reichsregierung durch das Helld-Kabinett. Die Arbeiterklasse muß gegen diese Politik den Widerstand auf der ganzen Linie organisieren. Ueber 600 000 Arbeiter sind in Sachsen in den freien Gewerkschaften organisiert. Der Wille dieser 600 000 Proletarier muß den Bezirks-auschuß Sachsen zum Kampf gegen die Bürgerblock-regierung zwingen. Schuld der „linken“ sächsischen SPD-Führer ist es, daß die Sozialfaschisten die sächsische Gewerkschaftsbewegung beherrschen. Die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterkassenschaft muß den Kampf für die Reinigung der Gewerkschaften von den Sozialfaschisten durchführen. In jeder Gewerkschaftsorganisation muß der Kampf für die Ent-freudung der USPS-Mitglieder von den Funktionsposten durchgeführt werden. Die sozialfaschistischen Minister müssen aus den Verbänden, denen sie angehören, sofort ausgeschlossen werden. Die Lösung der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter muß lauten: „Hinaus mit den Koalitionsbrüdern der Bourgeoisie aus den Gewerkschaften!“

Die Arbeiterkassenschaft muß sich vor Augen führen, wie brutal und frech der ADGB gegen Arbeiter vorgeht, die als Ruhland-Delegierte oder als Vertreter der Werttätigen-Ausschüsse die Interessen ihrer Klasse vertreten. Ohne Federlesen werden diese Arbeiter aus den Gewerkschaften hinausgeworfen. Minister einer Stahlhelm-Regierung haben jedoch einen Ehrenposten im ADGB. Mit diesem antiproletarischen System muß Schluss gemacht werden. Auch der letzte gewerkschaftlich organisierte und sozialdemo-kratische Arbeiter muß an den Vorgängen in Sachsen er-lernen, welche doppelte Politik der ADGB betreibt. Der

## Die Aktion der Internationalen Arbeiterhilfe

Wenn von den proletarischen Organisationen an den ersten beiden Tagen nach dem Herinbrechen des großen Unglückes im Obergebirge der Rote Frontkämpferbund es gemeldet war, dessen Mitglieder in beispielloser Aufopferung an der Spitze der Helfer standen, tritt jetzt mehr und mehr die Hilfs-tätigkeit der Internationalen Arbeiterhilfe in den Vordergrund. Sind selber auch ihre Bemühungen um Unter-bringung der Kinder deshalb erfolglos gewesen, weil — zwar 20) Quasimiere freigestellt sind, aber — keine Kinder vermittelt werden, so zweifellos deshalb weil gewisse Kräfte am Werke sind, um eine Ueberlassung von Kindern an die Freunde der IAH zu verhindern. Dennoch geht diese mit verstärktem Eifer an die Erfüllung ihrer proletarischen Pflicht. Die Sammlung hat bis jetzt, trotzdem sie sich fast nur auf minderbemittelte Kreise er-streckt hat, außerordentlich guten Erfolg. Besonders erfreulich ist es, daß viele Lebensmittel und Kleidungsstücke gespendet wer-den. Gestern fuhr wieder

ein IAH-Auto des Konsumvereins Vornwärts mit über 400 Broten, 600 Bräuten, Schmalz, Wurst, Milch und Käse nach Bergglückhübel.

Kianziert wurde es von 2 Schülern, die in riesiger roter Schrift nach Spenden für die Opfer riefen. Von der Rückseite leuchtete in Rot:

„Die IAH hilft den vom Schwarzher Betrolenen.“

Durch die Stadt raft der Wagen über das rote Hochschwab nach dem Unglücksgebiet. Passanten winkten unserer Begelei-tungsgesellschaft zu. Strahnenarbeiter grüßen „Rot Front!“ Beim Einbiegen in die Pinner Landstraße hält uns ein junger Reichwehroldot an und bittet uns, ihn mitzunehmen, da auch er nach Bergglückhübel soll. Bereitwillig wird ihm über die Seitenplatte geholfen und kameradschaftlich verpackt ihm ein uns begleitender Roter Frontkämpfer Platz. Beide, der Prolet in dem Rock der revolutionären Klassenkämpfer und der im Waf-fenrock der kapitalistischen Republik nehmen nebeneinander Platz auf Rücken mit Semmeln und Wurst für die Unglücklichen, denen beide Hilfe gilt. Beide haben sich ihre Stiefel im selben Schlamm dreck gemacht, beide haben Sonnabend und Sonntag mit dem Waller um seine Route gerungen, haben ihm entzissen, was

übrig geblieben war — ein wenig Hausrat, viel Trümmer und — Leiden... Und diese Stiefel haben auch etwas mit Kleb-seimentanz zu tun. Der Reichwehroldot erzählt uns, daß er vor uns das Auto eines ihm zufällig bekannten Dresdener Fabri-kanten haale, der mit 3 weiblichen Personen in einem geräum-igen Tourenwagen sah, angehalten und um Aufnahme gebeten hat (Fortsetzung auf Seite 2.)

## Hilfe für die vom Unwetter Geschädigten

Die Hilfsaktion für die vom Unwetter Geschädigten im Ost-Erzgebirge muß von der arbeitenden Bevölkerung mit aller Kraft unterstützt werden. Die Internationale Arbeiterhilfe hat schon ihr Hilfswerk begonnen. Eine Sammlung ist eröffnet. Kinder sollen in Dresden untergebracht werden. Auch die Re-gierung, die Amtshauptmannschaften und die Gemeinden haben zur Hilfe zu erlassen und zur Sammlung aufgefordert.

Es gilt dafür Sorge zu tragen, daß die Sammelergebnisse den wertvollen Massen, der arbeitenden Bevölkerung zugelenkt werden. Bisher hat sich bei den Verteilungen immer gezeigt, daß die ärmeren Bevölkerungsschichten nichts erhalten haben. Die Arbeiterkassenschaft muß von Anfang an darauf achten, daß dies-mal die Verteilung anders wird.

Ausgeschlossen werden sich die Arbeiter von der Sammlung nicht, sie werden vielmehr, wie bisher immer, wieder einmal zeigen, daß Mitgefühl und Opferwille bei den arbeitenden Massen am härtesten ist. Aber die Tätigkeit der privaten Hilfe-leistung darf und kann keineswegs die Notwendigkeit der weite-ren staatlichen Hilfe ausschließen.

Der Zwischenanschuh des Landtages, dessen Einberufung Genosse Abgeordneter Renner sofort, nachdem er am Sonn-abend aus dem Unglücksgebiet zurückgekommen war, forderte, tritt morgen mittag um 1 Uhr zusammen. Bis jetzt liegt ein Antrag der Kommunisten über die 5 Millionen Hilfeleistung vor. Die Kommunisten werden verlangen, daß die Summe noch wesentlich erhöht und die Verteilung überwacht wird, um die bedürftigste arbeitende Bevölkerung vor einer Benachteiligung zu schützen.